



Gesetz zu WGs: Gemeindevertreter positionieren sich

Lokales (<https://wort.lu/de/lokales>) 07.12.2020

Im Sommer hatten Bestimmungen um Wohngemeinschaften im PAG von Esch/Alzette hohe Wellen geschlagen. Vorwürfe wurden laut, dass die Stadt Wohngemeinschaften verbieten wolle. **Die Stadtverwaltung verteidigte sich allerdings dagegen.** WGs seien nicht gleich WGs. Ausschlaggebend sei vor allem, dass Mieter über einen gemeinsamen Mietvertrag (Bail commun) mit dem Eigentümer verfügen. Mit der Maßnahme wolle die Stadt unter anderem gegen Schlafhändler und unwürdige Mietzimmer vorgehen.

In diesem Zusammenhang ist derzeit auch ein Gesetzesprojekt (n°7642) auf dem Instanzenweg. [<http://www.wort.lu/de/politik/neues-gesetz-soll-mieter-besser-schuetzen-5f21b5bada2cc1784e362b3d>] das den Umgang mit Wohngemeinschaften regulieren und Mieter schützen soll - auch in Hinblick auf sogenannte Cafészëmmeren. Zu diesem Text soll auch das Gemeindesyndikat Syvicol ein Gutachten vorlegen. Im Zuge einer Sitzung diskutierten die Gemeindevertreter am Montag über ihren Standpunkt.

Ein Mitarbeiter des Syndikats stellte zunächst einige Kritikpunkte vor. **Der Syvicol begrüße die Intention der Regierung in diesem Zusammenhang einen legalen Kader zu schaffen, allerdings gehe der Text nicht weit genug.** Das Gesetz sei leider nicht obligatorisch, habe also keinen Caractère impératif. Zudem schaffe der Text mehr Vorteile für den Vermieter, als für den Mieter.

Im Zuge der Cafészëmmeren lobt der Syvicol indes, dass Vermieter laut dem neuen Text in diesem Zusammenhang nicht mehr so einfach hohe Mieten fragen dürfen. **Diese seien nämlich wie bei anderen Immobilien an das investierte Kapital gekoppelt.**

Die Sitzung war von angeregten Diskussionen geprägt. Unter anderem meldete sich auch der Bürgermeister von Esch/Alzette, George Mischo (CSV), zu Wort. **Er bezeichnete sich selbst im Zusammenhang mit Wohngemeinschaften als gebranntes Kind.** Er betonte, dass man in Esch nicht gegen Wohngemeinschaften sei. **Diese müssen allerdings bestimmten Mindeststandards entsprechen, um einen Mieterschutz gewährleisten zu können.** Dafür sei unter anderem auch der im Gesetz vorgesehene Bail commun unabdinglich.

WERBUNG

